

Der damalige Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker hatte den Kieler Staatsrechtler Kewenig 1981 zum Wissenschaftssenator gemacht. Meist überlegen lächelnd und immer wie aus dem Ei gepellt, schien der Seiteneinsteiger ein Prototyp jener weltläufigen Persönlichkeiten, die nach außen hin den örtlichen Partei-Mief kaschieren sollten.

Mitarbeiter allerdings klagten von Anfang an, der Professor gebe sich zwar liberal, sei aber in Wahrheit besserwisserisch und autoritär. Mit der personalpolitischen Einschwärzung von Professoren und Hochschulmanagement polarisierte Kewenig zudem Berlins Universitäten. Und sein ehrgeiziger Hochschulgesetzentwurf, mit dem sozialliberale Reformen zurückgeschnitten werden sollten, wurde vom kleinen Koalitionspartner FDP weggekickt.

Es knirschte auch, als Kewenig dem Innensenator Heinrich Lummer nachfolgte, der wegen seiner Verstrickung in Affären und im rechtsradikalen Klüngel 1986 sein Amt aufgeben mußte. Der neue Senator, klagten Polizeiführer bald, lasse „Überheblichkeit“ spüren. Seinen damaligen Polizeipräsidenten Klaus Hübner belehrte Kewenig einmal, er verstehe sich auf alles „mit Ausnahme der Gentechnologie“.

In der Partei wächst die Kritik. Charlottenburger CDU-Mitglieder, die Kewenig zum Nachfolger ihres affärengeschädigten Kreisvorsitzenden Wolfgang Antes gewählt haben, bemängeln die „abgehobene Arroganz“ des Innensensors, der sich nur selten sehen lasse.

CDU-Abgeordnete im Reformer-Flügel stört es zunehmend, wie Kewenig der Partei unliebsames Aufsehen einträgt. So verfiert er eine rigorose Abschiebepaxis gegen Ausländer und nervt mit kleinlichen Eingebungen. Sein Eifer, Demonstrationsveranstalter für jeglichen Schaden haften zu lassen, erheitert derzeit die Stadt: Die AL soll, nach einer Tschernobyl-Demo, 200 Mark für zertrampelte Tulpen zahlen.

Zur Unzeit trennte sich Kewenig schließlich von seinem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Hübner. Erst kurz vor dem Reagan-Besuch konnte ein Amtsnachfolger bestellt werden, der parteilose Richter Georg Schertz. Der aber muß sich erst einarbeiten und studierte vorletzte Woche die Kravalle aus den umliegenden Hochhäusern.

SPD-Fraktionschef Walter Momper forderte letzte Woche von Bürgermeister Eberhard Diepgen, den Innensenator „in die Wüste“ zu schicken: „Er schadet der Stadt.“

Diepgen jedoch deckt seinen Anstoß-Erreger. Als der Bezirk Kreuzberg das geplante Jubiläumsfest wegen befürchteter Provokationen durch massive Polizeipräsenz absagte, tönte es aus dem Schöneberger Rathaus: „Vor Chaoten kapituliert man nicht.“

MARINE

Haut an Haut

In der Ostsee belauern sich Schiffe aus Ost und West. Ein Wunder, daß es erst jetzt – auf der „Neckar“ – gekracht hat.

Korvettenkapitän Diethart Gatz, 49, Kommandant des Kieler Schnellboot-Tenders „Neckar“, hält sich treu an Grundsätze, die Marine-Kameraden in Ost und West seit Jahrzehnten verbinden. Eine der wichtigsten Regeln: Das internationale Flaggensignal „Uniform“ wird einfach ignoriert.

Das Zeichen – je zwei zueinander versetzte Quadrate in den Farben Rot und Weiß – bedeutet: „Sie begeben sich in Gefahr.“ Die Warnung ergeht routinemäßig bei Seemanövern, in denen mit scharfer Munition geschossen wird. Sie richtet sich an alle fremden Schiffe in Sichtweite, egal ob zivil oder militärisch.

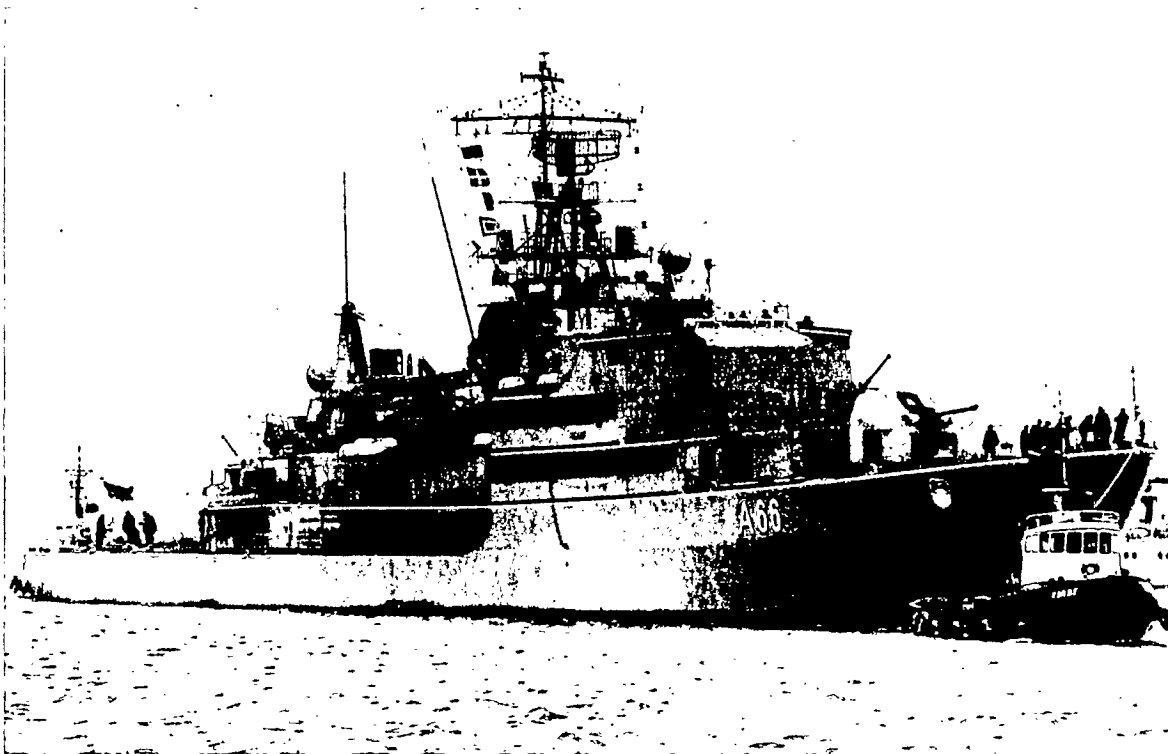
Die Prinzipientreue des Offiziers Gatz hatte am Montag voriger Woche in der

Ostsee bittere Folgen. 24 Minuten nachdem die polnische Korvette „Gornik“ der knapp einen Kilometer entfernten „Neckar“ das Risiko-Signal gesetzt hatte, geriet der deutsche Manöverbeobachter nordöstlich von Mys Taran, dem früheren Brüsterort, in die Schußlinie der Korvetten „Gornik“ und „Hutnik“ sowie vier polnischer Schnellboote der „Osa“-Klasse: drei Seeleute verletzt, fünf Granattreffer achtern, 220 Splittereinschläge in den Aufbauten des Tenders.

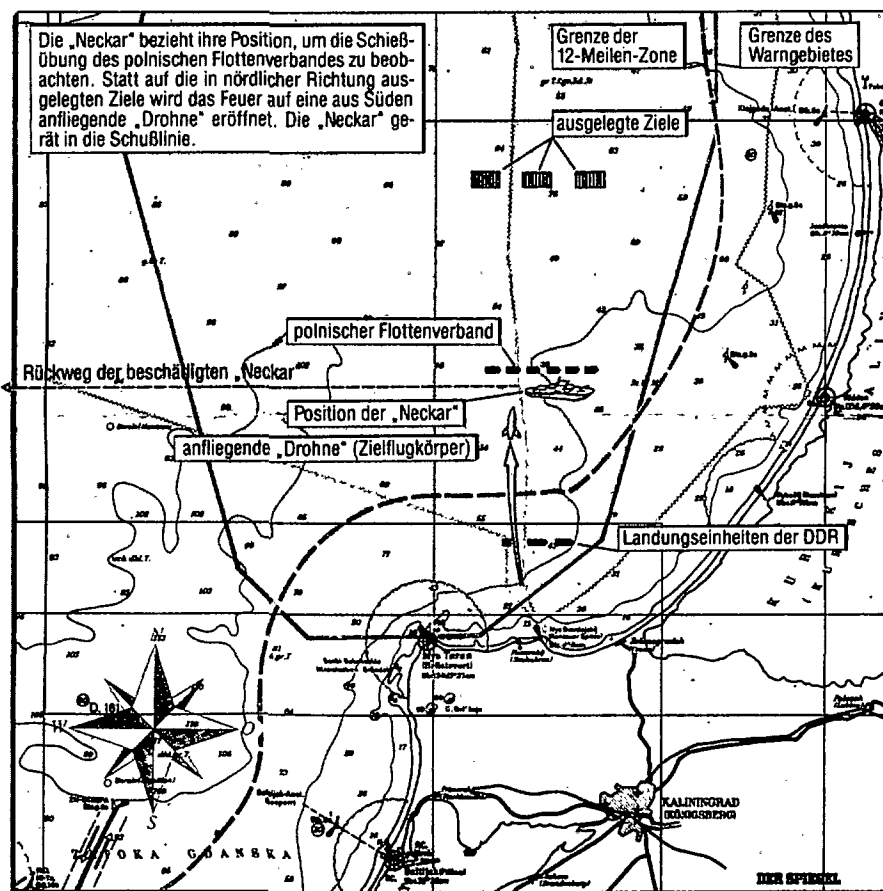
Außerdem gab es diplomatische Verwicklungen mit Polen. Die Nato war, wie ihr Oberbefehlshaber Bernard Rogers tags nach dem Zwischenfall bekannte, „ein wenig in Aufregung“. Dennoch meldete das Flottenkommando letzten Mittwoch an Verteidigungsminister Manfred Wörner, Glatz und seine Besatzung hätten „mit Augenmaß und der Situation angemessen“ gehandelt: „Verhalten untadelig.“

Aktionen wie die der „Neckar“ – Beschatten von Schiffsverbänden der „anderen Seite“ – sind seit den fünfziger Jahren in Ost und West gang und gäbe. Die Bundesmarine ist in ihrem Hauptspähgebiet, der Ostsee, stets mit von der Partie und – kaum zu glauben – bis zu dem Zwischenfall vor der polnischen Küste glimpflich davongekommen. Obwohl beim gegenseitigen Belauern bisweilen „Haut an Haut“ gefahren wird, so der stellvertretende Flottenbefehlshaber, Konteradmiral Gustav Liebig, gab es außer ein paar Schrammen keine nennenswerten Schäden.

Da ging es zwischen den Supermächten schon rauher zu. Karambolagen auf den Ozeanen und im Mittelmeer forder-



Beschossene „Neckar“ im Kieler Hafen: „Sie begeben sich in Gefahr“



kehr der übrigen Ostsee-Anrainer belauschen und die Radarsignale von Schiffen, Küstenverteidigung und Fluggerät aufzeichnen. Die bisherigen Flottendienstboote – in den sechziger Jahren umgebaute Fischereifahrzeuge – sind veraltet.

Beobachtungseinsätze wie jener der „Neckar“ wirken im Zeitalter der Satellitenespionage reichlich anachronistisch. Aber, so ein Bonner Marine-Aufklärer, „Satelliten haben wir nicht“. Und die amerikanischen Verbündeten lassen ihre deutschen Partner kaum an den Erkenntnissen teilhaben, die sie mit den Weltraumspähern und regelmäßigen Ostsee-Flügen des Überschallaufklärers SR-71 gewinnen.

Die Deutschen, die in der Ostsee 70 Prozent der Nato-Seestreitkräfte (Rest: Dänemark) und sämtliche Marine-Flieger stellen, behelfen sich mit „Bordmitteln“ (Marine-Jargon). Im Durchschnitt zweimal die Woche, bei Manövern des Ostens noch öfter, geht in Nordholz, südlich von Cuxhaven, der „Eastern Express“ auf die Reise: zweimotorige Fernaufklärer vom Typ „Atlantic“, vollgepackt mit elektronischen Sensoren und Analyse-Computern. Sie fliegen längs der Küsten der DDR, Polens und der Sowjet-Union zu den Inseln Dagö und Ösel am Eingang des Finnischen Meerbusens. Dabei zeichnen sie auf, was an Funksprüchen und Radarsignalen zu empfangen ist, beobachten Schiffsbewegungen und photographieren Flotteneinheiten.

Im Seegebiet östlich der Insel Bornholm halten neben den Flottendienstbooten, deren Törns meist vier Wochen dauern, U-Boote ein Auge auf die Seestreitkräfte des Warschauer Pakts. Gelegentlich düsen „Tornado“-Jagdbomber im Tiefflug weit gen Osten, um, wie es bei der Marine heißt, „einen schnellen Blick“ auf die roten Flotten zu werfen.

Schnellboote und Minensucher, Fregatten und Tender mögeln sich bei Manövern zwischen die Einheiten des Warschauer Pakts, um aus nächster Nähe Erkenntnisse über Taktiken und Ausbildungsstand, Besatzungsdisziplin und Bewaffnung zu sammeln. Umgekehrt sind bei bundesdeutschen Übungen stets Späher der DDR-Volksmarine, der polnischen Seestreitkräfte oder der Baltischen Flotte der Sowjets dabei.

Der Warschauer Pakt geht sogar noch einen Schritt weiter: Er hält eine Reihe von Ostsee-Posten ständig besetzt. Am Südausgang des Sundes, bei Kriegers Flak, schwimmt tagaus, tagein ein Schiff der Sowjet-Flotte, bei Rügen halten die Polen Wacht, und bei Fehmarn liegt ein DDR-Minensucher vor Anker.

Fast ununterbrochen besetzt sind Kattegat und Skagerrak sowie die Kieler Bucht, um Schießübungen der Bundesmarine vor der Schlei-Mündung und die Aktivitäten – vor allem der U-Boote – aus den westdeutschen Stützpunkten Kiel, Eckernförde und Olpenitz zu überwachen. Und wenn alle zwei Jahre die Nato-Stabsbüros Wintex-Cimex be-



Kommandant Gatz, Einschüßloch
Regeln einfach ignoriert

ten Tote und Verletzte, zwangen Flugzeugträger, Fregatten und U-Boote in die Werften. Nach einer Serie von Zusammenstößen und Beinahe-Kollisionen schlossen Sowjets und Amerikaner deshalb während eines Moskau-Besuchs von US-Präsident Richard Nixon im Mai 1972 ein „Abkommen zur Vermeidung von Zwischenfällen auf hoher See“.

Seither gehen U.S.-Navy und die Sowjet-Flotte weniger ruppig miteinander

um, bei der pausenlosen Überwachung aber ist es geblieben – getreu der Militär-Maxime: „Zeit und Mittel, die man auf Nachrichtengewinnung verwendet, sind niemals verschwendet.“

Dieses Motto zitieren auch Experten der Hardthöhe gern, wenn es darum geht, die Einsätze der Bundesmarine zu rechtfertigen und im Parlament Geld für Beschaffungsprojekte lockermachen. Das jüngste Beispiel: Bei der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft entstehen derzeit drei „Flottendienstboote“ zum Stückpreis von 250 Millionen Mark.

Die Arbeiter der Werft, über der schon lange der Pleitegeier kreist, haben von dem fetten Auftrag wenig: Die Schiffsrümpfe bringen nur ein paar Millionen. Die dicken Gelder gehen in die Elektronik.

Denn hinter der harmlosen Bezeichnung Flottendienstboote verbergen sich reinrassige Späh-Schiffe. Sie sollen aus sicherer Distanz mit einem Wust von Antennen den militärischen Funkver-



Beschattung im Atlantik*: „Schneller Blick“ auf den Gegner

ginnt, erleidet „mit schöner Regelmäßigkeit“ (ein Marine-Mann) ein Forschungsschiff aus einem der Ostblockländer einen Maschinen- oder Ruderschaden. Der zwingt dazu, einige Tage in der internationalen Wasserstraße am Eingang des Nord-Ostsee-Kanals bei Kiel-Holtenau zu verweilen.

Neidvoll betrachten die Bundesmariner das „weltumspannende Aufklärungssystem“ der Sowjets. Die setzen nämlich nicht nur ihre Kriegsmarine und 60 Spezialschiffe für elektronische Aufklärung ein, sondern die gesamte Handels- und Fischereiflotte. Da kommen über 7000 Schiffe zusammen, wobei die „zivilen“ Besatzungen fast ausnahmslos aus Reservisten der Kriegsmarine rekrutiert werden.

Das Beäugen und Belauschen auf See, früher wechselseitig gern mit dem Etikett „Spionage“ versehen, gilt in Bonn neuerdings als „Beitrag zur Vertrauensbildung“ (Hardthöhen-Sprecher Ulrich Hundt). Es sei doch eine gute Sache, wenn die Marinen einander kennenlernen. Was bei der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung (KVAE) für Land- und Luftstreitkräfte erst vor kurzem ausgehandelt worden sei – die routinemäßige Beobachtung größerer Manöver –, „machen die Seestreitkräfte schon seit Jahrzehnten“.

Nicht immer geht es dabei so harmlos zu wie im Jahre 1973, als ein deutscher Zerstörer-Kommandant ein Holzfloß zimmern ließ, eine Flasche Whisky darauf vertäute und seinem sowjetischen Bewacher in der Ostsee mit dem Handscheinwerfer zumorsen ließ: „Bitte aufschließen. Ich habe ein Geschenk für Sie.“ Der Russe, freut sich der längst in den Marine-Führungsstab avancierte Ex-Kommandant noch heute, habe Floß und Schnaps „treu und brav“ an Bord genommen.

Weit häufiger sind riskante Manöver, die teils aus seemannischer Schlamperei oder übertriebenem „sportivem Ehrgeiz“ (Hundt) gefahren werden. Jahrelang machten sich bundesdeutsche Schnellbootgruppen einen Spaß daraus, den vor Fehmarn ankernden DDR-Minensucher „Krake“ mit hohem Tempo so lange zu umrunden, „bis es denen die Teller von der Back gewischt hat“, wie sich der ehemalige Bootsmann Horst Jungmann erinnert, der heute als SPD-Abgeordneter im Bundestag sitzt.

Die DDR-Marine revanchierte sich auf ihre Weise. 13 Schnellboote nahmen 1961 den Minensucher „Uranus“ stundenlang in die Zange, zwangen ihn zu stoppen, richteten Geschütze auf die Westdeutschen. 1978 fuhr ein DDR-Schnellboot einen Scheinangriff auf den Zerstörer 3. Und auch heute noch mögen Bootskommandanten in Ost und

West auf manches gefährliche Mätzchen nicht verzichten. Berichtet wird darüber freilich nur am Biertisch – es sei denn, es hat gekracht.

Das Wissen um solche Begebenheiten aus dem Seefahrer-Alltag veranlaßte die Marine-Führung denn wohl auch, beim „Neckar“-Zwischenfall zunächst einmal abzuwiegeln: Der Tender sei offenbar nur versehentlich getroffen worden, als die Polen eine „Styx“-Übungsrakete abzuschießen versuchten, die 200 Meter hinter der „Neckar“ in 80 Meter Höhe aus Süden angeflogen kam. Das Auswärtige Amt, so die Marine, möge in „moderater Form“ gegen den Zwischenfall protestieren und um „Klärung des Fehlverhaltens“ der Polen bitten.

Da waren die Militärs dem Bonner Wehrminister viel zu zahm. Manfred Wörner stilisierte den Zwischenfall flugs zum „ernsten Vorgang“ und schob eine Drohung mit Schadenersatzforderungen nach. Wörners Parteifreund Hans Sterken, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, rief gar nach „Wiedergutmachung“.

Diese Woche kommt der polnische Parlamentspräsident Roman Malanowski zu einem offiziellen Besuch nach Bonn. Der kann zwar nicht für die Warschauer Regierung sprechen. Aber, so frotzelte ein Gehilfe des FDP-Außenministers Hans-Dietrich Genscher, „vielleicht bringt er dem Wörner ja eine neue Fregatte mit“.

* Ein britischer „Sea Harrier“ über einem sowjetischen Flugzeugträger der Kiew-Klasse.